

Verteidigungsausgaben auf dem Prüfstand: Zwischen Nato-Zielen und ökonomischer Realität

von

Richard Reichel

FOM Hochschule

KCV KompetenzCentrum für angewandte Volkswirtschaftslehre

Schlagwörter

Wirtschaftspolitik, Verteidigungspolitik, BIP

Abstract

Der Verteidigungsetat der Bundesrepublik Deutschland umfasst gegenwärtig knapp 53 Milliarden € im regulären Haushalt und 72 Milliarden €, wenn die anteiligen Mittel aus dem im Jahr 2022 ins Leben gerufenen Sondervermögen von insgesamt 100 Milliarden € hinzugerechnet werden (Deutscher Bundestag, 2024). Bei einem nominalen Bruttoinlandsprodukt von 4.306 Milliarden € im Jahr 2024 (Destatis, 2025) entspricht dies 1,21 Prozent des BIP im regulären Etat und 1,67 Prozent unter Hinzurechnung des Sondervermögens. Angesichts dieser Zahlen ist es zunächst überraschend, wenn Bundesverteidigungsminister Pistorius behauptet, dies entspreche 2,1 Prozent und damit der NATO-Quote. Tatsächlich erreicht wird die Quote, wenn von Schätzungen für das Jahr 2024 ausgegangen wird, die Mitte 2024 von der NATO präsentiert wurden. Hiernach liegen die geschätzten Verteidigungsausgaben bei 90,6 Milliarden, was tatsächlich 2,1 Prozent des BIP entspricht (Tagesschau vom 18.06.2024). Die Abweichungen erklären sich aus den unterschiedlichen Abgrenzungen, die einerseits nach dem Haushaltskonzept, andererseits nach dem NATO/SIPRI-Konzept vorgenommen werden können (Barth, 2018, S. 682). Letztere liegt im langjährigen Durchschnitt 0,2 Prozentpunkte höher. In einzelnen Jahren können die Abweichungen größer sein. Generell zeigen diese Zahlen, dass die gegenwärtigen finanziellen Verteidigungsanstrengungen Deutschlands weit von jenen 5 Prozent des BIP entfernt sind, die der neue US-Präsident Donald Trump fordert (Tagesschau vom 08.01.2025).

English Abstract

The defense budget of the Federal Republic of Germany currently comprises just under € 53 billion in the regular budget and € 72 billion if the pro rata funds from the special fund created in 2022 totaling € 100 billion are added (Deutscher Bundestag, 2024). With a nominal gross domestic product of € 4,306 billion in 2024 (Destatis, 2025), this corresponds to 1.21 percent of GDP in the regular budget and 1.67 percent when the special fund is added. In view of these figures, it

is initially surprising when Federal Defense Minister Pistorius claims that this corresponds to 2.1 percent and thus the NATO quota. The quota is reached if we assume estimates for 2024, which were presented by NATO in mid-2024. According to these, the estimated defense spending is 90.6 billion, which corresponds to 2.1 percent of GDP (Tagesschau of 06/18/2024). The deviations can be explained by the different delimitations that can be made according to the budget concept on the one hand and the NATO/SIPRI concept on the other (Bardt, 2018, p. 682). The latter is 0.2 percentage points higher on a long-term average. The deviations can be greater in individual years. In general, these figures show that Germany's current financial defense efforts are a far cry from the 5 percent of GDP that the new US President Donald Trump is calling for (Tagesschau of 01/08/2025).

Reaktionen der deutschen Politik

Deutsche Politiker reagierten auf diese Forderung mit mehrheitlicher Ablehnung. Im zitierten Tagesschaubeitrag vom 08.01.2025 finden sich folgende Stellungnahmen:

- „Wir sollten uns jetzt nicht von jeder Aussage von Trump kirre machen lassen. Wir sind hier nämlich nicht auf einem Basar.“ (Agnes Strack-Zimmermann, FDP)
- „Und die zwei, die drei oder die fünf Prozent sind im Grunde irrelevant, entscheidend ist, dass wir das tun, was notwendig ist, um uns zu verteidigen.“ (Friedrich Merz, CDU)
- „Wir brauchen nicht mehr Waffen in der Welt, sondern weniger.“ (Ralf Stegner, SPD)
- „2024 lag der Verteidigungshaushalt bei 52 Milliarden - zusammen mit den europäischen Partnerstaaten ist das vollkommen ausreichend für eine Landesverteidigung.“ (Jan van Aken, Die Linke).

Anderer Ansicht war Wirtschaftsminister Robert Habeck. Er sprach sich für eine Quote von etwa 3,5 Prozent des BIP aus (Focus v. 05.01.25). Hugo Müller-Vogg, der Focus-Kommentator, ergänzt, diese Quote entspreche „mehr als 100 Milliarden Euro“.

Wie lassen sich diese Forderungen nun ökonomisch einordnen?

Ökonomische Argumente

Zunächst ist die Frage zu klären, ob die Messung der Verteidigungsanstrengungen anhand einer Quote (relativ zum BIP) sinnvoll ist oder ob besser absolute Zahlen (in einer einheitlichen Währung) verglichen werden sollten. Im jeweiligen Land werden die Verteidigungsausgaben in der jeweiligen Landeswährung erfasst. Damit diese international verglichen werden können, erfolgt eine Umrechnung zum Wechselkurs, der sich am Devisenmarkt ergibt. Üblicherweise wird der US-Dollar als Referenzwährung verwendet. Da die Kurse der nationalen Währungen zum Dollar schwanken, werden Jahresdurchschnitte verwendet (Länder mit über mehrere Jahre hinweg festen Wechselkursen gibt es nur selten.). Es kann im Folgenden gezeigt werden, dass der Vergleich absoluter Ausgaben (wie beispielsweise bei Konrad und Thum, 2024) nicht sinnvoll, weil verzerrend, ist.

Werden Ausgaben in nationaler Währung zum aktuellen Wechselkurs umgerechnet, so werden die unterschiedlichen heimischen Preisniveaus nicht berücksichtigt. Diese werden auch durch die Preise nicht-handelbarer Güter beeinflusst. In reicheren Ländern ist das implizite Preisniveau höher als in ärmeren Ländern, sodass die Kaufkraft einer bestimmten, in nominalen US-Dollar ausgedrückten Ausgabensumme geringer ist als in armen Ländern. Übertragen auf militärische

Ausgaben bedeutet dies, dass Deutschland, Frankreich oder das Vereinigte Königreich für einen bestimmten Dollar-Betrag weniger Ausrüstung erhalten als Russland oder China (Reichel, 2022). Allerdings legt die Umrechnung zu Kaufkraftparitäten das durchschnittliche nationale Preisniveau zugrunde. Robertson (2022) korrigiert diese Vereinfachung und berechnet für einige Länder zusätzlich militärische Preisniveaus. Legt man diese zugrunde, so ergeben sich für China und Russland angesichts der spezifisch niedrigeren Preisniveaus noch höhere „reale“ Ausgaben. Die folgende Tabelle verdeutlicht die Effekte für einige Länder:

Land	Ausgaben in Milliarden nominellen US-\$	Ausgaben in \$ zu mil. KKP
USA	800,7	800,7
China	293,5	464,2
Russland	65,9	223,1
Deutschland	56	64,8
Frankreich	56,7	79,4
Vereinigtes Königreich	68,4	75,1

Tabelle 1: Rüstungsausgaben 2021 in nominalen US-\$ und zu militärischen Kaufkraftparitäten (KKP). Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Robertson (2025); <https://militaryppp.com/blog/>, abgerufen 29.01.2025

Es ist leicht erkennbar, wie irreführend die Umrechnung zu nominalen Wechselkursen ist. Am größten ist die Abweichung im Falle Russlands. Nominal kommt Russland auf lediglich 8,2 Prozent des US-Niveaus während es in militärischen Kaufkraftparitäten 27,9 Prozent des amerikanischen Niveaus erreicht. Die drei größten europäischen Länder übertreffen nominal gerechnet Russland bei weitem; ihre Ausgaben betragen aggregiert 274 Prozent der russischen Ausgaben. Real gerechnet liegen sie hingegen mit zusammen 219,3 Milliarden KKP-\$ unter den russischen Ausgaben. Dies erklärt auch, warum Russland eine große Armee, eine weltweit agierende Flotte und die größte Nuklearstreitmacht der Welt finanzieren kann, während die deutsche Bundeswehr unter Ausrüstungsmängeln leidet und derzeit kaum verteidigungsfähig ist (Neitzel, 2024). Da sich das BIP der deutschen und der russischen Wirtschaft gemessen in KKP nicht sehr stark unterscheidet (5.237 Milliarden US-\$ gegenüber 5.732 Milliarden US-\$) implizieren die Werte in der rechten Tabellenspalte, dass der Anteil der Rüstungsausgaben am BIP differiert. In Deutschland beträgt er 1,24 Prozent, in Russland hingegen 3,9 Prozent. Im Zuge des Einmarschs in die Ukraine und der Expansion der russischen Rüstung dürften die gegenwärtigen Anteile in Russland noch deutlich höher sein.

Diese Zahlen zeigen, dass einfache Vergleiche nominaler Rüstungsausgaben irreführend sind. Interessanterweise unterliegt nicht nur der oben zitierte Politiker einem entsprechenden Irrtum, sondern auch renommierte Finanzwissenschaftler.

Das dürfte auch der Grund sein, warum sich die NATO für einen Anteil am BIP als Zielgröße entschieden hat. Eine solche Quote misst den Anteil realer Ressourcen im Rüstungsbereich an der gesamten Produktion. Ihre Berechnung kann einerseits in nationaler Währung erfolgen, andererseits können Zähler und Nenner zu Wechselkursen oder Kaufkraftparitäten umgerechnet werden. Die Quote selbst bleibt davon unberührt.

Eine Antwort auf Donald Trump: Welche Quote ist nötig?

Erörtern wir nun die Frage, welche Zielquote notwendig ist. In der NATO wurde vor Jahren eine Zahl von 2 Prozent des BIP festgelegt. Dies war allerdings vor dem Einmarsch russischer Streitkräfte in die Ukraine. Zumindest bei einem Teil der deutschen Politik kann unterstellt werden, dass sie diese 2 Prozent als unzureichend ansehen. Wie aber kann eine Zielgröße wissenschaftlich begründet werden? Hier kann analytisch argumentiert werden oder es können historische Vergleiche herangezogen werden.

Ein erster Ansatz besteht in der theoretischen Modellierung des Problems mit Hilfe einer sicherheitspolitischen Zielfunktion, die unter bestimmten Nebenbedingungen maximiert wird. Der Output ist in diesem Fall die Sicherstellung einer glaubhaften Abschreckung, die Nebenbedingungen können ökonomischer oder politischer Natur sein. Bisher wurde ein solcher Ansatz von Andreou et al. (2002) zur Analyse der strategischen Interaktion zwischen Griechenland und der Türkei gewählt. Danach liegt die Quote im Falle Griechenlands zwischen 3,3 und 4,7 Prozent. Bei der Türkei ist er, bedingt durch die größere Bevölkerung und Wirtschaft etwas niedriger.

Historische Analysen zeigen folgendes:

Während der Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg, die von vielen Historikern heute als „Ära des Wettrüstens“ interpretiert wird, lagen die Verteidigungsausgaben der wichtigsten europäischen Länder bei etwa 2 bis 3 Prozent des BIP, übrigens ohne steigende Tendenz. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren (bis 1989) wesentlich höhere Quoten an der Tagesordnung. So wurden in den USA zwischen 4,8 und 9,1 Prozent des BIP für Verteidigung aufgewendet, während Großbritannien mit 3,6 bis 6,3 Prozent etwas darunter lag. Dies ist wohl dem geringeren internationalen Engagement und der Dekolonialisierung zuzuschreiben. Die Bundesrepublik Deutschland gab zwischen 2,7 und 5 Prozent für Verteidigung aus, wobei Ende der 1980er Jahre die geringsten Werte zu beobachten waren (Reichel, 2022).

Während der 1950er und 60er Jahre (der Aufbauphase der Bundeswehr) wurden in Westdeutschland durchschnittlich 3,9 Prozent des BIP für Verteidigung ausgegeben (Statista, 2025). Die heutige Situation ist mit der damaligen vergleichbar, denn der derzeitige desolate Zustand der Bundeswehr macht einen fast vollständigen Neuaufbau notwendig. Seit 1990 hat die deutsche Politik kontinuierlich bedeutende Haushaltsmittel aus dem Verteidigungsetat in andere Ressorts umgeschichtet, weil die Ansicht verbreitet war, angesichts des Endes des Kalten Krieges und dem Wegfall äußerer Feinde könne eine „Friedensdividende“ ausgeschüttet werden. Spätestens seit der Annexion der Krim durch Russland 2014 sollte klar geworden sein, dass dies ein Irrtum war. Trotzdem geschah verteidigungspolitisch bis zum Jahr 2022 nur wenig.

Welche desaströsen Wirkungen die deutsche Politik auf die Verteidigungsfähigkeit des Landes hatte, kann in einer Studie des Ifo-Instituts im Einzelnen nachgelesen werden (Dorn et al., 2022). Dabei ist der Abbau militärischer Infrastruktur noch nicht berücksichtigt. Angesichts dieser Befunde und der Bedrohung durch Russland dürfte klar sein, dass die sicherheitspolitischen Herausforderungen mindestens mit denen des Kalten Krieges vergleichbar, wahrscheinlich aber sehr viel größer sind. Einen heißen Krieg in Europa gab es damals nicht und offen bekundete Expansionsbestrebungen ebenfalls nicht. Lediglich 2 Prozent des BIP für Verteidigung auszugeben, dürfte angesichts dieser Bedrohungslage vollkommen unzureichend sein. Eher können die Verteidigungsanstrengungen Deutschlands in den 1950er und 1960er Jahren als Vorbild dienen. Ausgehend von der damaligen BIP-Quote von knapp 4 Prozent, sind die von Donald Trump

geforderten 5 Prozent nicht mehr weit entfernt. In absoluten Größen hätte dies dann Verteidigungsausgaben von etwa 200 Milliarden € für Deutschland zur Folge.

Ein anderer Ansatz besteht in der Kumulation der seit 1990 eingetretenen „Fähigkeitsverluste“ durch reduzierte reale Verteidigungsausgaben. Hier stellen wir zunächst die tatsächlichen (nominalen) Verteidigungsausgaben von 1990 bis 2024 denjenigen gegenüber, die ab 1990 realisiert hätten werden müssen, wenn die Quote, die Ende der 1980er Jahre erreicht wurde, dauerhaft bis heute beibehalten worden wäre. Diese betrug 1987-1989, also in der Endphase des Kalten Kriegs, 2,8 Prozent. Im Jahr 1991 betrug die so berechnete Lücke 1,3 Milliarden €. Sie steigerte sich auf jährlich etwa 30 Milliarden € um 2000, auf etwa 40 Milliarden € um 2010 und gegenwärtig auf über 50 Milliarden €. Kumulativ ergeben sich nominal, ca. 1.270 Milliarden €. Diese Zahl beschreibt näherungsweise den Wert der „Friedensdividende“ bzw. das Defizit an Investitionen in die nationale Sicherheit. Dabei berücksichtigt unsere Schätzung noch nicht die notwendige Aufzinsung, um die Vergangenheitsverluste mit heutigen Werten vergleichbar zu machen. Sie verdeutlicht aber, dass das Volumen des 2022 von Bundeskanzler Scholz eingerichteten Sondervermögens von 100 Milliarden € nicht ansatzweise in der Lage ist, die kumulierten Fähigkeitsverluste auszugleichen.

Soll der Ausgleich innerhalb von zehn Jahren erfolgen, müsste der Verteidigungshaushalt 10 Jahre lang um nominal jährlich etwa 130 Milliarden € erhöht werden. Diese Mittel müssten zusätzlich zu den laufenden Verteidigungsausgaben (gegenwärtig ca. 60-70 Milliarden €) eingeplant werden. (Von einer Inflationsanpassung sei hier abgesehen.) In der Summe wären somit etwa 200 Milliarden € erforderlich. Dies entspräche einer Quote von (gegenwärtig) 4,6 Prozent des BIP. Diese Berechnungen zeigen, dass die Forderungen des US-Präsidenten nicht unbegründet sind.

Gegen diese Überlegungen könnten folgende Gegenargumente angeführt werden: Seit 1990 sind mehrere neue osteuropäische NATO-Mitgliedsländer hinzugekommen. Seit kurzem sind auch die EU-Staaten Schweden und Finnland NATO-Mitglieder. Damit sind Gewinne an Verteidigungsfähigkeit verbunden, insbesondere durch die bemerkenswerten Anstrengungen Polens und der baltischen Länder, die wohl mit den leidvollen Erfahrungen mit den expansionistischen Bestrebungen Russlands und der Sowjetunion zu erklären sind. Gleichzeitig sind bei Russland Verbündete weggefallen, die früher Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrags waren. Es könnte somit die Ansicht vertreten werden, dass die Verteidigungsanstrengungen der „alten“ NATO-Länder reduziert werden könnten. Allerdings berücksichtigt dieses Argument nicht, dass Russland inzwischen neue Verbündete gefunden hat, die Waffen, Munition oder „dual use“ Güter liefern (Iran, Nordkorea, China).

Ein zweites Argument könnte sein, dass in den 1990er und 2000er Jahren geringere Verteidigungsausgaben gerechtfertigt gewesen wären, weil früher (bis 1990) bestehende Bedrohungen nicht mehr bestanden hätten. Deshalb müssten jetzt zwar die Ausgaben angesichts neuer Bedrohungen erhöht werden, eine „nachholende“ Aufrüstung sei aber nicht erforderlich. Dieses Argument ist falsch, weil die unterlassenen Anstrengungen der vergangenen mehr als 30 Jahre nicht nur temporäre, sondern dauerhafte Auswirkungen hatten. Diese kumulierten Fähigkeitsverluste sind dafür verantwortlich, dass die Verteidigungsfähigkeit gegenwärtig nicht gegeben ist. Dabei beziehen sich die Fähigkeitsverluste einerseits auf die Personalstärke, andererseits auf militärische Ausrüstung und die Infrastruktur.

Weiter könnte argumentiert werden, der Referenzwert von 2,8 Prozent (Verteidigungsausgaben/BIP) sei willkürlich. Das Argument ist aber vor dem Hintergrund der oben diskutierten historischen Erfahrungen unzutreffend. Eher zeigen diese, dass das NATO-Ziel von 2 Prozent zu niedrig angesetzt ist.

Schließlich könnte die vorgeschlagene Aufholperiode von 10 Jahren als willkürlich bezeichnet werden. Natürlich kann diese variiert werden, was niedrigere (bei einer Verlängerung) oder höhere (bei einer Verkürzung) Zusatzausgaben impliziert. Allerdings stellt sich die Frage, ob mit einer ernsthaften militärischen Bedrohung erst in 10 Jahren zu rechnen ist (ZEIT ONLINE vom 27.11.2024).

Fazit

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass Verteidigungsausgaben in Höhe von 4-5 Prozent des BIP eine realistische Größenordnung darstellen. Die Forderung des US-Präsidenten ist also durchaus angemessen.

Eine Aufbringung dieser Summen erfordert allerdings massive Einsparungen in anderen Ressorts und eine Erhöhung der Staatsverschuldung, wenn Steuererhöhungen vermieden werden sollen. Eine (teilweise) Finanzierung durch höhere Schulden wäre auch gerechtfertigt, geht es doch um Investitionen in die Zukunft des Landes im Sinne einer Versicherungsprämie. Von dieser Versicherung würden auch zukünftige Generationen einen Nutzen ziehen.

Dieser Beitrag stellt die Meinung der Autoren dar und spiegelt nicht grundsätzlich die Meinung der Hochschule und/oder des KCV wider.

Literatur

Andreou, A., Parsopoulos, K., Vrachatis, M. & Zombanakis, G. (2002): Optimal Versus Required Defence Expenditure: The Case of the Greek-Turkish Arms Race, Defense and Peace Economics, Vol. 13, S. 329–347.

Barth, H. (2018): Deutsche Verteidigungsausgaben seit dem Ende des Kalten Krieges, Wirtschaftsdienst. In: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Heft 9, 2018, S. 680-682.

Deutscher Bundestag (2024): 2. Lesung, Verteidigung – Verteidigungsetat umfasst knapp 52 Milliarden Euro, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw05-de-verteidigung-977670>, abgerufen am 20.01.2025.

Destatis (2025): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsprodukt www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/_inhalt.html, abgerufen am 03.02.2025.

Dorn, F., Fuest, C., Potrafke, N. & Schlepper, M. (2022): Sind wir noch bedingt abwehrbereit? Die Entwicklung der deutschen Verteidigungsfähigkeit seit dem Ende des Kalten Krieges. In: ifo Schnelldienst, Sonderausgabe 75. Jahrgang, April 2022, S. 46-52, <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2022-sonderausgabe-april-dorn-et-al-deutsche-verteidigungsfahigkeit.pdf>, abgerufen am 01.02.2025.

Müller-Vogg, H. (2025, 05.01.): Kommentar von Hugo Müller-Vogg - Habeck gibt den Aufrüstungs-König und lenkt damit von seinem großen Schwachpunkt ab. In: Focus Online, https://www.focus.de/politik/meinung/kommentar-von-hugo-mueller-vogg-habeck-gibt-den-aufruestungs-koenig-und-lenkt-damit-von-seinem-grossen-schwachpunkt-ab_id_260609052.html, abgerufen am 19.01.2025.

- Konrad, K. & Thum, M. (2024): Herausforderungen einer neuen Sicherheitslage für Deutschland – eine finanzwissenschaftliche Perspektive, Wirtschaftsdienst. In: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Heft 10, 2024, S. 666-671.
- Neitzel, S. (2024): Kriegstüchtig? Zur Zeitenwende in Politik, Gesellschaft und Truppe. In: APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte, 15.11.2024, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/bundeswehr-2024/556392/kriegstuechtig/>, abgerufen am 02.02.2025.
- Reichel, R. (2022): Rüstungsausgaben: Messung, Vergleichbarkeit und Höhe. In: Wirtschaftswissenschaftliches Studium, Heft 7-8, 2022, S. 23-29.
- Robertson, P. (2022): The Real Military Balance: International Comparisons of Defense Spending. In: The Review of Income and Wealth, Vol. 68 (3), 2022, S. 797-818.
- Robertson, P. (2025): Military PPP Data, <https://militaryppp.com/blog/>, abgerufen am 18.01.2025.
- Statista (2025): Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP in Deutschland von 1953 bis 2023), <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/183106/umfrage/anteil-der-militaerausgaben-am-bip-in-deutschland/>, abgerufen am 27.01.2025.
- Tagesschau (2024, 18.06.): NATO-Verteidigungsausgaben deutlich gestiegen, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/nato-verteidigungsausgaben-106.html>, abgerufen am 20.01.2025.
- Tagesschau (2025, 08.01.): Wir sind nicht auf einem Basar, <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/verteidigungsausgaben-debatte-trump-100.html>, abgerufen am 12.03.2025.
- ZEIT ONLINE (2024, 27.11.): Bundesnachrichtendienst: BND hält russischen Angriff auf Nato in kommenden Jahren für möglich, <https://www.zeit.de/politik/2024-11/bnd-chef-bruno-kahl-russland-angriff-nato>, abgerufen am 02.02.2025.

Folgende Veröffentlichungen sind bisher in dieser Reihe erschienen:

Streiflicht VWL, Nr. 15 (Februar 2025), Freytag, A. und Rebeggiani, L.: [Ein Neustart für Deutschland – Reform Impulse für 2025.](#)

Streiflicht VWL, Nr. 14 (Juni 2024), Kladroba, A.: [Die Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit auf Männer und Frauen: Eine politische Diskussion.](#)

Streiflicht VWL, Nr. 13 (Mai 2024), Rebeggiani, L.: [Die blockierte Republik: Bürokratie als Wachstumshemmnis in Deutschland.](#)

Streiflicht VWL, Nr. 12 (Mai 2023), Lerch, A.: [Klimapolitik 2023: Widersprüchliche Signale.](#)

Streiflicht VWL, Nr. 11 (April 2023), Clauss, M., Pöllmann, G. und von Jan, S.: [Erfüllen Kryptowährungen die elementaren Geldfunktionen?](#)

Streiflicht VWL, Nr. 10 (März 2023), Reichel, R.: [Determinanten der Umweltqualität: Wohlstand und marktwirtschaftliche Umweltqualität.](#)

Streiflicht VWL, Nr. 9 (April 2022), Rebeggiani, L.: [Les jeux sont faits – Eine ordnungspolitische Analyse des Glücksspielstaatsvertrages von 2021.](#)

Streiflicht VWL, Nr. 8 (September 2021), Altmiks, P.: [Die 10. GWB-Novelle – die passende Antwort auf digitale Vermachtung?](#)

Streiflicht VWL, Nr. 7 (September 2021), Clauss, M., Pöllmann, G.: [Europas Unternehmenssektor im Wandel – Eine evolutionsökonomische Analyse zum sich ändernden Sektorenmix.](#)

Streiflicht VWL, Nr. 6 (April 2021), Kladroba, A.: [Regionale Disparität von Forschung und Entwicklung: Was hat sich in den Jahren verändert?](#)

Streiflicht VWL, Nr. 5 (März 2021), Fritsche, C.: [The Expected Impact of COVID-19 on the Housing Market.](#)

Streiflicht VWL, Nr. 4 (Juli 2020), Reichel, R.: [Zur Wirksamkeit der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank.](#)

Streiflicht VWL, Nr. 3 (Mai 2020), Clauss, M., Pöllmann, G.: [Deflation oder Inflation? Zur Auswirkung der Corona-Krise auf die Entwicklung des Preisniveaus und die Folgen für die Kapitalmärkte.](#)

Streiflicht VWL, Nr. 2 (April 2020), Wohlmann, M., Rebeggiani, L. und Wilke, C.: [Was kommt nach dem großen Shutdown? Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise.](#)

Streiflicht VWL, Nr. 1 (März 2020), Wohlmann, M., Rebeggiani, L.: [Fluch und Segen globaler Wertschöpfungsketten angesichts der aktuellen Coronavirus-Krise.](#)